

"Das große Versprechen" in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (14. Mai 2006)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. 14.05.2006. Frankfurt/Main.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"das_große_versprechen"_in_frankfurter_allgemeine_sonntagszeitung_14_mai_2006-de-a9d36417-b2c5-4505-9ada-9e9c0fc52e2c.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Das große Versprechen

Von Karl-Peter Schwarz

Die EU-Kommission will am Dienstag ihre Empfehlung bekanntgeben, auf deren Grundlage der Europäische Rat am 15. Juni in Wien über das Beitrittsdatum Rumäniens und Bulgariens entscheiden wird. Dabei hat sie die Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten.

Erstens kann sie die Vorbereitungen der beiden Länder als ausreichend erachten und die Einhaltung des vorgesehenen Beitrittsdatums am 1. Januar 2007 empfehlen. Zweitens kann sie für ein Land oder beide Länder die Anwendung der besonderen Schutzklausel vorschlagen, die eine Verschiebung des Beitritts um ein Jahr erlaubt, sollten in mehreren wichtigen Bereichen gravierende Defizite festzustellen sein. Drittens kann die Kommission zwar den 1. Januar 2007 nennen, zugleich aber strenge Auflagen erteilen, die bis Herbst erfüllt werden müssen. Dem Europäischen Rat steht es zudem frei, einstimmig die in allen Beitrittsverträgen enthaltenen Schutzklauseln zu aktivieren, die auf drei Jahre befristet sind. Neben einer allgemeinen Schutzklausel gibt es eine, die den Binnenmarkt betrifft, und eine, die angewendet werden kann, wenn die Rechtsordnung des Beitrittslandes nicht mit den europäischen Normen in Einklang gebracht werden sollte.

Die dritte Variante ist nicht nur die beste, sondern zum Glück auch die wahrscheinlichste. Sie ist dazu geeignet, den Reformdruck in beiden Ländern beizubehalten, ohne die Regierungen zu demütigen und zu destabilisieren. Zugleich kann durch die Erteilung von konkreten Auflagen auch auf den unterschiedlichen Erfüllungsstand der Beitrittsvorbereitungen Rücksicht genommen werden. Rumänien, das unter der Regierung des mittlerweile selbst der Korruption angeklagten exkommunistischen Ministerpräsidenten Nastase lange Zeit das Schlußlicht der kleinen Erweiterungsrunde war, hat unter der nationalliberal-demokratischen Regierung rasch aufgeholt. Bulgarien hingegen, das der geballten Macht der Seilschaften der alten Nomenklatura und des organisierten Verbrechens ausgesetzt ist, liegt nun weit zurück und gibt vor allem in den Bereichen Justiz und innere Sicherheit zu Sorgen Anlaß.

Durch den Beitritt Rumäniens und Bulgariens trägt die Europäische Union einen weiteren Teil der moralischen und historischen Schuld ab, die auf die Auslieferung der Länder zwischen dem Baltikum, der Adria und dem Schwarzen Meer an Stalin zurückgeht. Sie leistet zudem einen unerläßlichen Beitrag zur Stabilisierung der gefährdetsten Region Europas. Rumänien und Bulgarien riegeln die aus der Konkursmasse der Sowjetunion hervorgegangenen, notorisch instabilen Länder der östlichen Schwarzmeer-Region von den nicht minder instabilen Ländern im Westen der Balkanhalbinsel ab, die aus der Konkursmasse Jugoslawiens hervorgegangen sind. Von allen Seiten umschließt die EU den westlichen Balkan bald wie ein fester Ring und reduziert allein damit schon das Konfliktpotential in der Region. Wenn die Rede vom Friedensprojekt Europa Sinn annehmen kann, dann nicht in Kongo, in Ostanatolien und am Hindukusch, sondern hier, in diesem Teil Europas. Und dieses Projekt ist mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens noch lange nicht abgeschlossen.

Die internationale Balkan-Kommission, der unter anderen Giuliano Amato, Carl Bildt, Jean-Luc Dehaene und Richard von Weizsäcker angehören, hat in dieser Woche in Rom eine aufsehenerregende Erklärung veröffentlicht, die zum Besten zählt, was man zu diesem Thema seit langem hören konnte. Die Kommission wirft den führenden europäischen Politikern vor, den Mut zur Erfüllung der Aufgabe verloren zu haben, zu der sie sich vor drei Jahren in Thessaloniki verpflichteten, als sie allen Balkan-Ländern die Zukunft in der EU versprochen haben. Statt den Status quo zu verändern, verwalteten sie ihn nur. Statt eine mutige Beitrittsstrategie auszuarbeiten, um alle Länder innerhalb der nächsten zehn Jahre zu integrieren, sei die EU weder bereit noch willens, ihnen eine glaubwürdige Beitrittsperspektive anzubieten.

Die Aussicht auf den Beitritt zur EU sei nur dann ein Hebel der Veränderung, wenn ihn die politischen Eliten der beitriftswilligen Länder innerhalb ihres Erlebenshorizonts einordnen könnten, sagte die liberale kroatische Abgeordnete Vesna Pusic unlängst im Gespräch mit dieser Zeitung. Die erste postkommunistische und postnationalistische Generation in diesen Ländern, so Frau Pusic, habe sich auf die europäische Integration als ihr großes Versprechen festgelegt. Die nachrückende Generation, die sich zur

Zeit politisch neutral bis indifferent verhalte, werde sie danach beurteilen, ob es ihr gelungen sei, dieses Versprechen zu halten.

Unkenrufe aus dem Unterholz der deutschen Politik hat man zur Frage der EU-Erweiterung in diesen Wochen bis zum Überdruß vernommen. Wer das Scheitern des Verfassungsentwurfs bei den Referenden in Frankreich und Holland als Argument gegen die Vollendung der EU-Erweiterung in Südosteuropa wendet, zeigt nicht Verständnis für die Sorgen der Bürger, sondern kapituliert vor den Erfordernissen des europäischen Projekts.